

Pressemitteilung

Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz für Kinder schwer umsetzbar

Das Ausbauprogramm der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 , ab August 2013 ein Angebot der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung zu stellen, kommt viel zu langsam voran.

Wenn auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder(CDU) jetzt ein Zehn Punkte-Programm zur Forcierung des Krippenausbaus vorlegen will, wird sie an der „Gretchenfrage“ nicht vorbeikommen : „ Woher soll das nötige qualifizierte Fachpersonal herkommen?“, da mindestens 20 000 Erzieherinnen und Erzieher für dieses Projekt fehlen! – Leider ist sehr wenig passiert, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Es wäre „naiv“ jetzt zu glauben, durch Umschulungshilfen für Erzieherinnen, die das Familienministerium beabsichtigt, das Personalproblem lösen zu können. Mehr qualifiziertes Personal muss her ! Und der Bund muss sich an den dauerhaft steigenden Personalkosten beteiligen.

Darüberhinaus ist es unrealistisch, von den Fachschulen/-akademien für Sozialpädagogik höhere Kapazitäten von Absolventen bis 2013 erhalten zu können, da die Ausbildungsdauer drei bzw. fünf Jahre beträgt.

Schon 2008 hatten die KEG und andere Fachverbände auf dieses Problem massiv hingewiesen und intensive und zielgerichtete Werbung für den Erzieherberuf gefordert, um die Zukunftsfähigkeit der Kindertageseinrichtungen zu garantieren. Dazu zählten auch langfristig anreizorientierte Maßnahmen im Hinblick auf eine

*Manfred **Mahlstedt**, Niebuhrstraße 2, 10629 Berlin
Tel.030 – 88 27 716; Fax: 030 – 88 62 58 61, E-Mail: mahlstedt-keg@t-online.de*

Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG)

deutlich höhere Vergütung der Erzieher/innen, um dadurch die gesellschaftliche Wertschätzung für frühkindliche Bildungseinrichtungen zu erhöhen und die Attraktivität des Arbeitsfeldes insgesamt zu verbessern.

Die KEG erwartet vom Familienministerium eine verlässliche Bedarfsanalyse der Betreuungsangebote und die sich daraus ergebenden benötigten Erzieherstellen unter Beteiligung der Länderminister und Vertreter der Kommunen – wie es auch die SPD fordert -, um dann gezielte Maßnahmen schnellstmöglich auf den Weg zu bringen, so z.B.

- Teilzeitverträge von Erzieher/innen auf Vollzeit aufstocken,
- befristete Verträge in unbefristete umwandeln,
- Personen, die bereits erzieherische Kompetenz erworben haben, als „Seiteneinsteiger“ qualifiziert für den Erzieherberuf werben,
- Schaffung von Stellen im Bereich Kinderbetreuung im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes,
- Tagespflegepersonen motivieren, als Praktikanten bzw. Hospitanten einen berufsqualifizierenden Abschluss als Erzieher/in zu erreichen,
- Absolventinnen und Absolventen des Freiwilligen und Ökologischen Sozialen Jahres gezielt in die pädagogische Arbeit von Kindertageseinrichtungen einbeziehen,
- in den Abschlussklassen der allgemeinbildenden Schulen und in den Job-Centern über den Erzieher/innenberuf qualifiziert informieren.

Für alle am Aktionsprogramm Kinderbetreuung Beteiligten gilt: „Wenn wir nicht schneller vorankommen, läuft uns die Zeit davon“.

V.i.s.d.P. Manfred Mahlstedt

Bundesbeauftragter der KEG

21.05.2012